



SPD - Fraktion Stadt Voerde

Voerde, 30.08.2021
Fraktionsvorsitzender:
Uwe Goemann
Holthausener Str. 24
46562 Voerde
Tel.: 02855/961796
Handy: 0174/9621083

Stadt Voerde
Bürgermeister
Dirk Haarmann
Rathausplatz 20
46562 Voerde

Antrag der SPD-Fraktion: Interkommunale Kooperation im Bereich Gebäudemanagement

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Haarmann,

im Bereich des Gebäudemanagements steht die Stadt Voerde, wie auch viele andere Kommunen, vor großen Herausforderungen.

Auf der einen Seite gibt es viele Projekte die in Voerde durchgeführt werden, hier sind insbesondere die Kita-Neubau-Projekte und die Sanierung der Comenius-Gesamtschule zu nennen, bzw. die in naher Zukunft durchgeführt werden sollen. Hier sind u. a. die Verlagerung der Otto-Willmann-Grundschule, die Sanierung des Rathauses zu nennen.

Auf der anderen Seite haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, in zunehmendem Maß mit Widrigkeiten (z. B. Kapazität von Handwerkern, Verfügbarkeit von Baustoffen, Baumängel) zu kämpfen.

In den vergangenen Jahren wurde der Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel für investive Baumaßnahmen bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies ist insbesondere mit einer schwierigen Personalausstattung zu begründen, sodass das oben aufgezeigte Spannungsfeld nicht umfänglich adressiert werden konnte bzw. werden kann. Insbesondere im Bereich des Gebäudemanagements sind Fluktuationen zu verzeichnen, welche eine fehlende Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Personalgewinnung bzw. -bindung widerspiegelt. Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit ist nicht auf Voerde interne Faktoren, sondern auf ungünstige Rahmenbedingungen (Stellenkegel, Tarif- und Besoldungsregelungen etc.) zurückzuführen.

Die SPD Fraktion beantragt zu prüfen, ob im Rahmen einer interkommunalen Kooperation zusammen mit anderen vergleichbaren Kommunen eine Gesellschaft für Gebäudemanagement ausgegründet werden kann. Auf diese sollen insbesondere die Projektaktivitäten im Bereich Neubau und Sanierung übertragen werden. Hierzu soll unter Berücksichtigung des Steuerrechts die gesellschaftsrechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen dies möglich wäre herausgearbeitet werden. Die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll nicht unterhalb der bisherigen Struktur erfolgen. Weiter ist zu prüfen, welche Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf die Abstimmung von Prioritäten und Zeitplänen bei einer Ausgründung im interkommunalen Kontext bestehen bleiben. Weiter wird die Verwaltung beauftragt bei vergleichbaren Kommunen die Kooperationsbereitschaft zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Goemann
Fraktionsvorsitzender